Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 326. Sonnabend den 22. November 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 23. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem die Zustellung der Declarationsaufforderungen für die Einschätzung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1891 an die betheiligten Steuerpflichtigen in der Hauptsache beendet ist, wird nach §. 33 der zum Einkommensteuergesetze vom 2. Juli 1878 erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 11. October desselben Jahres hierdurch bekannt gemacht, daß es auch Denjenigen, welchen eine Declarationsaufforderung **nicht** zugegangen ist, freisteht, eine Declaration über ihr Einkommen

bis zum 30. November dieses Jahres

abzugeben und zwar

a.

in dem Stadtbezirke Alt-Leipzig im Stadthause, Obstmarkt, Erdgeschoß rechts;

b.

in den Stadtbezirken Leipzig-Reudnitz, Leipzig-Anger-Crottendorf, Leipzig-Thonberg und Leipzig-Neureudnitz im Rathhause zu Leipzig-Reudnitz;

c.

in den Stadtbezirken Leipzig-Neustadt, Leipzig-Reuschönefeld, Leipzig-Volkmarsdorf und Leipzig-Sellerhausen im Rathhause zu Leipzig-Volkmarsdorf;

d.

in dem Stadtbezirke Leipzig-Eutritzsch im dortigen Rathhause und

e.

in dem Stadtbezirke Leipzig-Gohlis im früheren Gemeindeamte daselbst, sowie daß an den bezeichneten Geschäftsstellen zu diesem Zwecke Declarationsformulare auf Verlangen **unentgeltlich** verabfolgt werden.

Gleichzeitig werden alle **Vormünder,** ingleichen alle **Vertreter** von **Stiftungen, Anstalten, Personenvereinen, liegenden Erbschaften** und anderen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen, bezw. für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Anstalten u. s. w., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Declarationen bei uns **auch dann** einzureichen, wenn ihnen deshalb eine besondere Aufforderung nicht zugehen sollte.

Leipzig, den 4. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Göhlitz.

Bekanntmachung.

Der diesjährige **Christmarkt** im Stadtbezirke **Leipzig-Volkmarsdorf** findet in der Zeit vom 21. bis mit 24. December statt.

Etwaige Anfragen und Gesuche sind an unseren Marktinspector Rentsch, Naschmarkt 1, 3 Treppen, zu richten.

Leipzig, den 17. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 9109. Dr. Georgi. Leistner.

Bekanntmachung.

Das von **Frau Amalie Friederike verw. Falcke geb. Landgraff gestiftete Stipendium** für einen dem Königreich Sachsen angehörenden Studirenden der Rechte auf der hiesigen Universität soll von Michaelis d. J. an auf die Dauer von drei Jahren vergeben werden, und zwar zunächst an einen **Verwandten des Kaufmanns Christian Gottfried Landgraff** in Hohenstein und erst in Ermangelung eines solchen an einen anderen auf hiesiger Universität die Rechte Studirenden.

Bewerber um dieses Stipendium fordern wir auf, sich bezw. bei Verlust ihres Anspruchs bis **zum 15. December d. J.** unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse und Nachweise schriftlich bei uns zu melden.

Leipzig, am 12. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 7923. Dr. Georgi. Lindner.

Bekanntmachung.

Die **Erd- und Maurer-,** sowie die **Zimmerarbeiten** zum Neubau einer zweiten Turnhalle der 8. Bezirksschule sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Kostenanschlagsformulare, Bedingungen und Zeichnungen sind bei unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, einzusehen; gegen Erlegung von 0,75 ℳ werden dort auch Kostenanschlags-Formulare abgegeben.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Maurer- bez. Zimmer-Arbeiten zum Neubau einer zweiten Turnhalle an der 8. Bezirksschule"

versehen ebendaselbst bis zum 30. November cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 18. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Th. 6312/1518 Dr. Georgi. Rüling.

Bekanntmachung.

Am 23. November, 8 Uhr Morgens, wird das **Postamt 11,** mit Telegraphenanstalt, aus dem Hause **Körnerstraße 1** nach dem Hause **Tubaurstraße 12/14** verlegt.

Leipzig, 20. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Concursverfahren.

Ueber das Vermögen des **Pelzwaarenhändlers Philipp Norden hier, Neue Grünstraße 31,** und in **Leipzig, Gellertstraße 7/9,** ist heute am 20. November 1890, Vormittags 10½ Uhr das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Tietig,** Holzmarktstraße 47, ist zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 24. Januar 1891 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in §. 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 9. December 1890, Vormittags 11½ Uhr

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 14. Februar 1891, Vormittags 10½ Uhr

— vor dem Königlichen Amtsgerichte I, Neue Friedrichstraße 13, Hof, Flügel C, parterre, Saal 36, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 24. Januar 1891 Anzeige zu machen.

Paetz, Gerichtsschreiber
des Königlichen Amtsgerichts Berlin I, Abth. 50.

Leipzig, 22. November.

* Die Novelle zum Krankencassengesetz, welche nach dem Antrage der Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen dem Plenum des Bundesraths zur Beschlußfassung vorlag, hat das im Juni 1883 erlassene Gesetz in so umfassender Weise abgeändert, daß ein nahezu neues Gesetz den Ausschüssen vorlag. Dieselben haben den Entwurf in einer Reihe von Sitzungen in überaus gründlicher, eingehender Weise berathen und im Großen und Ganzen die neuen Vorschläge wenig verändert. In parlamentarischen Kreisen ist es nicht unbemerkt geblieben, daß schon nach so kurzer Zeit eine so durchgreifende Aenderung eines der socialen Reformgesetze erforderlich geworden ist.

* Im Anschluß an amtliche Veröffentlichungen wird neuerdings vielfach darauf hingewiesen, daß die nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz versicherungspflichtigen Personen ein erhebliches Interesse daran haben, Bescheinigungen über ihre Beschäftigung während der Jahre 1886 bis 1890 zu beschaffen. Unzweifelhaft haben auch die ihren versicherungspflichtigen Dienstboten wohlwollend gesinnten Arbeitgeber (Dienstherrschaften) ein Interesse daran, den Dienstoten derartige Bescheinigungen in die Hand zu geben, um ihnen den künftigen Anspruch auf die Wohlthaten des Gesetzes zu sichern. Wenn indessen in der Presse darüber geklagt worden ist, daß in der Ausstellung dieser Bescheinigungen eine nicht geringe Unbequemlichkeit für die Dienstherrschaften liege, so dürfte, wie der „Reichs- und Staatsanzeiger" hervorhebt, es angemessen sein hervorzuheben, daß es nicht nöthig und auch nicht wohlgethan ist, diese angeblich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes verknüpften Unbequemlichkeiten lästiger darzustellen als sie in Wirklichkeit sind. Unter diesem Gesichtspunct mag darauf hingewiesen werden, daß Dienstboten in ihren nach preußischem Recht vorgeschriebenen Dienstbüchern regelmäßig ohne Weiteres eine den Anforderungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes entsprechende polizeilich beglaubigte Bescheinigung über ihre Beschäftigung besitzen, so daß es einer anderweiten Beschaffung solcher Bescheinigungen regelmäßig nicht bedürfen wird. Wenn für mehr als 60 Jahre alte Dienstboten zu den üblichen Angaben noch der Betrag des während der letzten drei Jahre vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bezogenen Lohnes hinzugefügt wird, so ergiebt das Dienstbuch Alles, was zur Begründung eines Rentenanspruches während der Uebergangszeit und zur Bemessung des Jahresbetrages der Rente erforderlich ist.

* Aus Thüringen wird uns vom 20. November geschrieben:

Die Versammlung des Reichsvereins zu Jena war gut besucht, und mit großem Interesse folgten die Anwesenden den klaren und sachlichen Ausführungen des Generalsecretärs Payig aus Berlin. Der Redner legte nach der „Jenaer Zeitung" zunächst die Haltlosigkeit der von radicaler Seite aufgestellten Behauptung dar, der mittlere Bürgerstand, der Träger des besonnenen liberalen Gedankens, sei durch die letzten Wahlen weggefegt. Durch diese sollte den Erklärungen der radicalen Wortführer zufolge eine liberale Mehrheit geschaffen werden, in der That sei eine reactionäre Mehrheit, die von Windthorst's Laune abhängig sei, zu Stande gebracht worden. Die stärkste Abwehr gegen die Reaction sei nun die Krone. Der Redner zeigte dann, wie in der Thätigkeit des neuen Reichstags eine Rechtfertigung für die Arbeit des vorigen Reichstags liegt und trat bei Besprechung des Arbeiterschutzgesetzes für die Berücksichtigung berechtigter Forderungen der Arbeiter, aber nicht minder für die Erhaltung und Stärkung eines mittleren Bürgerstandes ein, der heute auch um seine Existenz schwer sorgen müsse. An der Erhaltung dieses Bürgerstandes habe der Staat das höchste Interesse. Die nationalliberale Partei müsse mit aller Kraft diese Elemente, das liberale Bürgerthum, den Vertreter nationaler und liberaler Gesinnungen, schützen und kräftigen.

* * *

* Im österreichischen Abgeordnetenhause ist mit Rücksicht auf die zur Zeit stattfindenden wichtigen Verhandlungen, betreffend den österreichisch-ungarischen Vieh-Export ins Ausland, an Stelle der Berathung des Thierseuchengesetzes der Antrag Roser wegen Errichtung eines Gesundheitsamtes nach dem Muster des Berliner Gesundheitsamtes auf die Tagesordnung der ersten Sitzung gesetzt worden.

* Endlich scheinen für die an deutscher Sprache und Sitte zäh festhaltenden Bewohner der Sprachinsel Gottschee im südlichen Krain bessere Zeiten zu kommen. Die früheren slowenischen Verwaltungs- und Gerichtsbeamten sind zum Theil durch deutsche ersetzt worden, an Stelle der slowenischen Pfarrer und Capläne, die nie ein Herz für die Gottscheer hatten, treten allmälig deutsche Geistliche, die, aus der Sprachinsel selbst stammend, auf den Gymnasien zu Gottschee und Laibach und auf dem Priesterseminar der letzteren Stadt vorgebildet, vortreffliche Seelsorger ihrer Gemeinden werden. Bereits giebt es fünf deutsche Priester in der Sprachinsel; ihre Zahl wird sich bald um zwei junge Geistliche erhöhen, die Ende Juli ihre Primiz in Gottschee und Mitterdorf bei Gottschee hielten. Jetzt schon wirken an den 25 deutschen Schulen des Ländchens neben 7 slowenischen 25 deutsche Lehrer; die Schule in Unterskrill, deren Eröffnung durch slowenische Agitationen lange verzögert worden war, ist vor vier Monaten eingeweiht worden und wird den Schutz der Sprachinsel gegen Süden hin übernehmen. Von großer Wichtigkeit ist endlich die Thatsache, daß der ultraslowenische Schulinspector Romjanec, der das deutsche Schulwesen immer zu schädigen suchte, vom Unterrichtsminister von Gautsch seines Amtes plötzlich enthoben worden ist. Romjanec hatte vielfach zu Ungunsten der deutschen Schulen zu Stakjern und Suchen ungesetzliche Bestimmungen getroffen, pflichtvergessene slowenische Lehrer in Schutz genommen und deutsche Männer wiederholt gegen besseres Wissen denuncirt (einmal erklärte er bei einem Feste das krainische Landeswappen für einen preußischen Adler und wollte die Veranstalter des Festes als Landesverräther bestraft sehen). Jedenfalls wird nun für die deutschen Schulen der Gottscheer Bezirkshauptmannschaft ein deutscher und für die slowenischen Schulen ein slowenischer Schulinspector angestellt werden. Wahrscheinlich wird auch die slowenisirte Schule zu Suchen, ganz im Westen der Sprachinsel, wieder überwiegend deutsch werden; die Einführung deutschen Gottesdienstes neben dem slowenischen in Suchen soll ebenfalls vom Bischof in Laibach bereits beschlossen sein. Der deutsche Kindergarten in Gottschee gedeiht gut. Das deutsche Untergymnasium in Gottschee wird gegenwärtig von 92 Schülern besucht und erfreut sich unter Leitung des Rectors Knapp eines guten Rufes. Gleich günstig hat sich auch die Fachschule für Holzindustrie und Korbflechterei entwickelt. Die im nächsten Jahre zur Ausführung kommende Eisenbahn Laibach-Großlapp-Gottschee wird neuen Verdienst ins Land bringen, denn es soll dann das bei Gottschee sich findende Braunkohlenlager zum Abbau gelangen. Hoffentlich wird dann auch die nicht unbedeutende Auswanderung Gottscheer Landleute zum Stillstand gebracht werden.

* Im böhmischen Landtage begann am Donnerstag die Debatte über die Vorlage, betreffend die Zweitheilung des Landesculturrathes. Der Berichterstatter der Minorität Dr. Julius Gregr erklärte, die Minorität habe Alles aufgeboten, die Verhandlungen in der Commission zu verschleppen und Abänderungen durchzusetzen. Die Minorität beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Der Platz vor dem Landhause war behördlich abgesperrt.

In seiner Rede bestritt der Abg. Dr. Gregr den Altczechen das Recht, an dem Ausgleich mitzuwirken, drohte mit einer Liga aller unterdrückten slawischen Völker Oesterreichs und beantragte den Uebergang zur Tagesordnung. Krepek (Deutscher) bezeichnete die Vorlage als eine weise Maßregel der Regierung, während die Jungczechen die Unzufriedenheit des Volkes brauchten. Der Statthalter betonte das unverbrüchliche Festhalten der Regierung an dem Ausgleich, den unzweifelhaften ernsten Wunsch nach Frieden seitens der vertragschließenden Theile und sprach die Ueberzeugung aus, die Agitation werde schließlich wirkungslos bleiben, da die Bevölkerung sehe, daß der Landesschulrath, gegen den gleichfalls heftig angekämpft wurde, unter sorgfältigster Wahrung der Gleichberechtigung zum Wohle des Schulwesens rühig und sachlich fungire, alle düsteren Prophezeihungen sich daher als falsch erwiesen. Im Verlaufe der Sitzung wies Mattus (Altczeche) nach, daß die Vorlage den Bedürfnissen beider Nationalitäten entspreche und fügte hinzu: „Auf dem heißen Boden, von dem weltgeschichtliche Gedanken und Kriege ausgegangen sind, haben die Czechen einen schweren Stand in der Nachbarschaft des großen national geeinigten Reiches und in dem Zusammenleben mit den Deutschen." Schließlich fragte der Redner: „Wie lange soll die Fortdauer des Kampfes noch währen? Was wird das Ende sein?" Weil er den gesicherten Zustand einer ungewissen Zukunft vorziehe, stimme er für die Vorlage. (Beifall.)

* Der Ausschuß des niederösterreichischen Landtages für die Vorlage, betreffend die Vereinigung der Vororte mit Wien, erledigte die Vorlage. Der Statthalter erklärte, er sei im Interesse der finanziellen Erleichterung Wiens bereit, den Beitrag der Gemeinde für die Kosten des Polizeiaufwandes von 1892 an auf 500 000 fl. zu ermäßigen, was einer Ersparniß von einer viertel Million jährlich gleichkomme. Diese Erklärung wurde in das Gesetz aufgenommen. Der Bürgermeister sprach dem Statthalter seinen Dank aus.

* Vor der Berathung des Schulbudgets im steyermärkischen Landtag entfernte sich die klerikale Partei gleichwie im vorigen Jahre nach einer die confessionelle Schule betreffenden Erklärung.

* Ueber die socialen Zustände in Rumänien macht das älteste und verbreitetste Tageblatt des Landes („Romanul"), welches mit anerkennenswerthem Eifer für die Emancipation der niederen Volksclassen, namentlich des Bauernstandes kämpft, Mittheilungen, die einen traurigen Einblick in die dort noch herrschenden Unsitten gewähren. Das Blatt schreibt: „Wir haben das barbarische System, um die kleinste Geringfügigkeit zu schlagen, wiederholt bekämpft. Trotz alledem verhallt unser Aufschrei ungehört, unser Protest hatte gar keine Folgen. Dieses System geht seinen ungestörten Lauf weiter, ungeachtet dessen, daß wir uns für ein civilisirtes Volk ausgeben. In den Casernen wird bis zum Krüppel geschlagen. Bei der Polizei wird geschlagen. Bei der Subpräfectur wird geschlagen, und selbst in den Landgemeinden wird bei den Ortsvorständen geschlagen! Die Schläge sind eine unglückliche Erbschaft aus den Zeiten der Cococois (ein Spottname für die kleinen Feudalherren), wo jeder, der auf seinem Rockkragen das Zeichen einer kleinen Auszeichnung trug, über das Leben eines Bürgers schalten konnte, wo der Grundherr den Bauer als einen Sclaven ansah, ihn in seinen Hof brachte, ihm Hunderte von Ruthenstreichen, bis er ohnmächtig ward, aufmessen ließ, ihn mit Spiritus wusch und ihn dann wieder oft so lange schlug, bis der Unglückliche seinen Geist aufgab. Infolge der neuen Gesetze und der Aenderung der Gebräuche hörte die Anwendung der Torturen, das Aufhängen in der Sonne mit dem Kopfe nach abwärts auf. Aber das Schlagen mit der Faust trat an die Stelle der früheren Grausamkeiten. Die Ruthenstreiche und die Torturen waren empfindlicher, aber die Erniedrigung bleibt die gleiche. Bei uns glauben die Beamten, die militairischen Vorgesetzten, die Kauf- und Gewerbsleute, daß sie ohne Schläge sich nicht das gehörige Ansehen verschaffen, ihre Angelegenheiten nicht entsprechend ordnen könnten." Der Artikel schildert dann in ausführlicher Weise die Ursachen, warum, wenn der Mißhandelte Klage führt, derselbe nie zu seinem Rechte gelangen kann und der Schuldige nie gestraft wird. Die Untersuchung bleibt immer ohne Resultat, weil das System ein falsches ist und weil man im angeblichen Interesse der amtlichen Autorität stets Alles zu vertuschen sucht. „Romanul" erwartet von der Regierung nichts und schlägt behufs Abstellung der geschilderten Zustände die Bildung einer Gesellschaft zum Schutze mißhandelter Menschen vor, wie man anderwärts zum Schutze der Thiere solche Vereine gebildet habe.

* Der serbische Ministerpräsident Gruic hat an die Königin Natalie ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen den Vorwurf Einspruch erhebt, er lasse über ihre Absichten, namentlich darüber, daß sie von der Skupschtina eine Apanage beanspruchen wolle, falsche Nachrichten verbreiten. Gruic erklärt, das Interesse des Königshauses erheische es, daß in Sachen der Ehescheidung kein Appell an die Skupschtina ergehe; die Regierung werde einen solchen auch zu verhindern wissen. Schließlich constatirt der Ministerpräsident, daß sich die Königin-Mutter gegen alle Vermittelungsvorschläge ablehnend verhalten hat. (Wiederholt.)

* Aus Luxemburg, 18. November, wird gemeldet:

In einer Rede bei der gestern erfolgten Eröffnung der neuen Secundairbahnlinie im Canton Redingen gedachte Staatsminister Eyschen auch der neuesten Ereignisse in Betreff der Regierung des Großherzogthums. Die Rechte des Herzogs von Nassau, sagte der Redner, datiren von alter Zeit her und bilden eine wahre Macht. Wenn es auch Leute giebt, die Gesetze und Verträge nicht respectiren, so erkennen sie doch unbestrittene Rechte an. Aus den Vorgängen, die sich in den letzten Zeiten in unserem Lande abgespielt haben, gehe klar hervor, daß wir mit Vertrauen in die Zukunft blicken dürfen. Als großes Verdienst rechnet der Ministerpräsident es dem König-Großherzog an, daß er uns als constitutioneller Fürst im wahren Sinne des Wortes regierte. Ob das ein Wink für den Herzog von Nassau sein sollte? Den zahlreichen Journalisten, welche behaupten, unser kleines Land sei nicht lebensfähig, hielt Redner einen Vers der in letzter Zeit berühmt gewordenen „Feierlos" (Feuerwagen-Locomotive) vor: „Das Größt uet ded Gleck bedeit, well an dem Land sin gleckleich Leit". (Nicht die Größe ist es, welche das Glück bedeutet, denn in dem Lande sind glückliche Leute.) Die Rede des Staatsministers wurde mit großem Beifall aufgenommen. Von dem Herzog von Nassau war ein Telegramm angelangt, worin er sich den Wünschen für die durch die Eisenbahn zu erwartende erhöhte Wohlfahrt des Cantons Redingen anschließt.

* Aus Paris, 18. November, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

In seiner Reichstagsrede vom 15. Mai zur Unterstützung der von der Reichsregierung verlangten dauernden Erhöhung des Friedensstandes unseres Heeres um 18 574 Mann hatte Graf Moltke auch darauf hingewiesen, daß der Feind, wenn er ins Herz des Landes gedrungen wäre, keinen Unterschied zwischen den Geldern der Reichsbank und anderer Banken machen würde. Man habe ja 1813 gesehen, daß ein französischer Marschall beim Abzug aus Hamburg noch zu guter Letzt den Bauerschatz der Hamburger Bank eingesteckt habe. Der hier erwähnte Marschall war bekanntlich Davoust, Herzog von Auerstädt, Prinz von Eckmühl. Es lebt von ihm noch eine Tochter, die Marquise von Blocqueville, eine gegenwärtig achtzigjährige Dame, die dem Grafen Moltke am 31. Mai folgenden Brief schrieb:

Herr Feldmarschall! Euer Excellenz werden begreifen, daß Ihre in einer großen öffentlichen Versammlung gesprochenen Worte im Herzen der letzten überlebenden Tochter des Marschalls Davoust schmerzlichen Widerhall geweckt haben. Es giebt ein Verdienst, das seltener und würdiger ist, große Herzen zu reizen, als der auf den Schlachtfeldern errungene strahlende Ruhm: Dieses große Verdienst besitzt darin, dem Feinde Gerechtigkeit widerfahren lassen zu können. Die „Hamburger Denkschrift", die der Prinz von Eckmühl 1814 veröffentlicht hat, widerlegt im Voraus die Worte Euer Excellenz und beweist siegreich, daß der Befehlshaber von Hamburg dieser Stadt genau nur so viel Uebles zugefügt hat, wie ihm durch seine Befehlshaberpflicht auferlegt war. Ich erlaube mir Euer Excellenz diese Denkschrift, welche Sie sicher nicht gekannt haben, zuzusenden, und bitte Sie, den Ausdruck meiner Gefühle der Hochschätzung genehmigen zu wollen. A. T. Eckmühl, Marquise von Blocqueville.

Mit dem Feingefühl einer Französin von vornehmer Erziehung hatte die Dame es vermieden, sich mit ihrem Titel einer geborenen Herzogin von Auerstädt zu unterzeichnen. Graf Moltke beeilte sich, der Marquise aus Cudowa unterm 5. Juni zu antworten:

Frau Marquise, ich erhalte Ihren Brief erst heute und beeile mich, ihn zu beantworten. In meiner Reichstagsrede habe ich die Beschlagnahme der Bank von Hamburg erwähnt, die eine geschichtliche Thatsache ist. Es ist selbstverständlich, daß der französische General bei dieser Gelegenheit nur auf einen Befehl seiner Regierung, dem er gehorchen mußte, gehandelt haben kann. Wenn trotzdem der Ausdruck, dessen ich mich bedient habe, so gedeutet werden konnte, als hätte der Marschall Davoust zu seinem persönlichen Vortheile gehandelt, so bedauere ich, ihn schlecht gewählt zu haben. Ich schulde Ihnen diese Erklärung, Frau Marquise und möchte gern glauben, daß Sie die Güte haben werden, sie freundlich aufzunehmen. Was das Werk anbelangt, welches Sie so freundlich waren, mir zu schicken, so studire ich es mit dem lebhaftesten Interesse. Ich bitte Sie, den Ausdruck meiner Gefühle der Hochschätzung genehmigen zu wollen, mit denen ich die Ehre habe zu zeichnen, Frau Marquise, Ihr ganz gehorsamer Diener Graf von Moltke, Feldmarschall.

Diese ritterliche Antwort wäre beinahe nicht an ihre Bestimmung gelangt. Graf Moltke hatte auf den Umschlag blos den Namen der Empfängerin, doch weder Straße noch Hausnummer geschrieben, wohl in der Annahme, daß die Pariser Postverwaltung die Tochter des Herzogs von Auerstädt schon zu finden wissen werde. Darin sollte er sich aber getäuscht haben. Die Pariser Post, von deren Erdärmlichkeit nur der eine richtige Vorstellung hat, der Jahre lang unter ihr gelitten hat, nahm sich gar nicht die Mühe, die Marquise v. Blocqueville zu suchen, sie schrieb auf den Umschlag mechanisch ihr stehendes „Adresse incomplète" und warf den Brief auf den Haufen der unbestellbaren Postsendungen. Hier blieb er über vier Monate liegen, bis endlich irgend ein Beamter ihn nach Cudowa zurückgehen ließ, wo das Postamt die Hand des Absenders erkannte und das Schreiben ungeöffnet an den Feldmarschall zurücksendete. Graf Moltke wußte sofort Rath, wie immer. Er schickte den Brief diesmal dem ersten Militair-Attaché der deutschen Botschaft in Paris, Major v. Huene, mit dem Ersuchen, ihn sicher bestellen zu lassen. Herr v. Huene hatte nicht die geringste Schwierigkeit, die Adresse der Marquise v. Blocqueville ausfindig zu machen, und so gelangte die Dame Mitte October endlich in den Besitz des vielgewanderten Schreibens. Es sei noch bemerkt, daß der bekannte General Davoust, Herzog von Auerstädt, einer der drei General-Inspectoren des französischen Heeres, kein Sohn, sondern ein Neffe des Marschalls Napoleons I. ist.

* Aus dem frechen Aufruf der Coimbraer Studenten, welchen wir bereits erwähnten, giebt die „Kölnische Zeitung" einige Proben. Betitelt ist er „An die Republikaner Portugals. Coimbra, 15. November 1890" und lautet folgendermaßen an:

„Die Ursache alles Unglücks unseres kleinen, aber edlen Landes ist von jeher England und die Monarchie gewesen, England wegen der Monarchie und die Monarchie wegen ihrer Dummheit und Feigheit und der nepotistischen Gesinnung des Hauses Braganza. Seit 12 Jahrhunderten betrüben uns diese großen Uebelstände, häuft man auf uns Beleidigungen, Elend und Abscheu. So sind wir vergewaltigt worden durch das Ultimatum vom 11. Januar, verspottet durch den Vertrag vom 20. August, zu Sclaven gemacht durch das Cabinet der Regeneradores im Namen und auf Wunsch des Königs, wie es selbst ein Mitglied der Abgeordnetenkammer